

Fischer, Pascal

Political Hebraism : Biblische Texte als Inspiration frühneuzeitlicher Politiktheorie

In:

Thomas Laubach und Stefan Huber (Hrsg.), Braucht Demokratie Religion? : Auseinandersetzungen mit Hartmut Rosa, Bamberg: University of Bamberg Press, S. 127-137. 2025. DOI: 10.20378/irb-108272

Beitrag im Sammelwerk - Verlagsversion

DOI des Beitrags: 10.20378/irb-109894

Datum der Veröffentlichung: 28.08.2025

Rechtehinweis:

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber einholen.

Für dieses Dokument gilt die **Creative-Commons-Lizenz CC BY**.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Political Hebraism: Biblische Texte als Inspiration frühneuzeitlicher Politiktheorie

Pascal Fischer

Es ist eine weitverbreitete Vorstellung, dass der Aufstieg demokratisch geprägter Staatstheorien in der frühen Neuzeit im Wesentlichen vom griechisch-römischen Altertum inspiriert und mit einem Prozess der Säkularisierung verbunden sei. Die Bedeutung der antiken Tradition haben die Vereinigten Staaten als erste neuzeitliche Republikgründung etwa dadurch anerkannt, dass sie im späten 18. und 19. Jahrhundert Regierungsgebäude wie das Weiße Haus und das Kapitol in Washington, D.C., im klassizistischen Stil erbauen ließen. Die Bildersprache, wonach antike Säulen ein demokratisches Staatswesen symbolisieren, ist uns sehr vertraut. Die dorischen und ionischen Säulen auf der Titelseite des vorliegenden Bandes stehen für diese Traditionslinie.

Ohne die Relevanz griechisch-römischer Vorbilder zu negieren, stellt mein Aufsatz eine Alternative zum Narrativ dieser antiken Provenienz moderner Staatsphilosophie in der Neuzeit vor und richtet sich dabei zugleich gegen die Auffassung, die Demokratie habe sich in Abgrenzung zur biblisch begründeten Religion entwickelt. Dabei möchte ich meinen Beitrag nicht als Wortmeldung zur Notwendigkeit von Religion für die Demokratie verstanden wissen. Vielmehr ist mir daran gelegen, die Debatte um den Zusammenhang von Demokratie und Religion um einen leicht zu vernachlässigenden Aspekt in historischer Perspektive zu ergänzen.

Ich begeben mich dafür in ein relativ junges Forschungsfeld, das die Rolle der Hebräischen Bibel und rabbinischer Texte als wichtige Quellen frühneuzeitlicher Staatsauffassung betont und unter den Begriffen „political

Hebraism“ und „Hebraic Political Studies“ firmiert. Verstärkte Anstrengungen, diese Tradition des abendländischen Denkens ins Recht zu setzen, gibt es seit 2004, als in Jerusalem eine erste Konferenz unter dem Schlagwort des „Political Hebraism“ stattfand (vgl. Jones 2008, viii). Aus dieser ging der Sammelband *Political Hebraism: Judaic Sources in Early Modern Political Thought* hervor. In einem Aufsatz zur ersten Ausgabe der Zeitschrift *Hebraic Political Studies* von 2005 umreißt Kalman Neuman das Forschungsfeld:

For our purposes ‘Hebraic political writing’ refers to texts that convey readings of the Hebrew Bible (or postbiblical Jewish texts) in a political context, whether or not the author read those texts in the original Hebrew. (Neuman 2005, 59)

Der Autor räumt ein, dass der Begriff des „Political Hebraism“ potenziell irreführend ist, da die meisten Gelehrten, die das Alte Testament und rabbinische Schriften politisch lasen, keine Hebraisten, also Sprachgelehrte, waren (vgl. 57).

Während sich die Forschung im „political Hebraism“ grundsätzlich für alle politischen Deutungen der Hebräischen Bibel ab der Frühen Neuzeit interessiert, erwies sich bald ein Fokus auf diejenigen Abhandlungen als besonders ergiebig, die für die Neuausrichtung des Staatsverständnisses seit der Renaissance ausschlaggebend waren. Großen Einfluss innerhalb dieses Forschungsparadigmas gewann dabei Eric Nelsons *The Hebrew Republic: Jewish Sources and the Transformation of European Political Thought* aus dem Jahr 2010. Das Buch ist insofern für meine Stoßrichtung besonders relevant, als es von Anfang an die Vorstellung attackiert, der Wandel des politischen Denkens in der frühen Neuzeit sei eine Funktion der Säkularisierung. So beginnt die Einleitung folgendermaßen:

It has become commonplace to attribute the rise of modern political thought in the West to a process of secularization. In Medieval and Renaissance Europe, so the story goes, political thought was fundamentally Christian, an exercise in applied theology. [...] In the sixteenth century, however, this worldview began to erode and, in the seventeenth, to collapse. The new science of Galileo and Bacon, along with the strident philosophical skepticism of Montaigne and Charron, provoked a radical reconfiguration of European thought. [...] The result of this intellectual upheaval has been called “the Great Separation,” by which is meant the epoch-making exclusion of religious arguments from the sphere of political discourse. It is this separation, we are told, that is responsible for producing the distinctive features of modern European

political thought, including (but by no means limited to) its particular notion of individual rights, its account of the state, and its embrace of religious toleration. (Nelson 2010, 1-2)

Eric Nelson stellt klar, dass er diese tradierte Auffassung von der Entwicklung modernen politischen Denkens für völlig falsch hält. Während sich die Humanisten der Renaissance tatsächlich an den griechischen und römischen Vorbildern orientierten und daraus ein weitgehend säkulares Politikverständnis ableiteten, erlebte die politische Theologie im 17. Jahrhundert im Gefolge der Reformation einen Höhepunkt – mit großen Auswirkungen für das Staatsverständnis der Moderne im Allgemeinen und die Demokratie im Besonderen (Nelson 2010, 2).

Die protestantische Aufforderung zur Rückbesinnung auf den biblischen Text hatte auch im politischen Bereich weitreichende Konsequenzen. In Abgrenzung zur katholischen Tradition wurde dem Alten Testament mehr Eigenständigkeit zugebilligt (Nelson 2010, 13). Im Pentateuch fand man die Grundlinien einer Verfassung für Israel vor, wie sie auch in der Gegenwart anwendbar seien. Die Frage, wie diese gottgefällige Konstitution im Einzelnen aussah, nahm breiten Raum ein. Mit dem Wiederaufleben der hebräischen Sprache in der Wissenschaft des 16. und 17. Jahrhunderts eröffneten sich Christen Zugang zu rabbinischen Exegesen und suchten darin nach Behandlungen der *respublica Hebraeorum* (vgl. Oz-Salzberger 2002, 100-103). Die Juden mögen zwar in mancher Hinsicht blind sein, ihre altehrwürdige Staatsform dürften sie aber dennoch verstehen – so die damalige Auffassung (vgl. Nelson 2010, 17).

Die Forschung zur „Republik der Hebräer“ intensivierte sich bereits am Ende des 16. Jahrhunderts. Der nach Genf geflohene Hugenothe Bonaventure Cornelius Bertram gilt als erster Gelehrter, der eine gesamte Schrift der Hebräischen Republik widmete: *De politia judaica tam civili quam ecclesiastica* (1574) (vgl. Bartolucci 2017, 217). Am Anfang des 17. Jahrhunderts folgten weitere Studien unter verstärktem Rückgriff auf jüdische Quellen, darunter von den Niederländern Hugo Grotius und Petrus Cunaeus und dem Deutschen Wilhelm Schickard (vgl. Nelson 2010, 19-20 und Koekkoek 2017, 235).

Ab den 1620er Jahren wurde England zum Schwerpunkt der Diskussion über die Verfassung des biblischen Volkes Israel (vgl. Nelson 2010, 20-

22). Der große Rechtsgelehrte und Hebraist John Selden (1584-1654) verfasste zahlreiche Schriften dazu. Seiner Theorie folgte Thomas Hobbes im dritten Teil seines *Leviathan* (vgl. Jones 2008, viii-ix). Dass Hobbes' Schrift wiederum großen Einfluss auf Baruch Spinozas *Tractatus theologico-politicus* (1670) nahm (vgl. Nelson 2010, 22) – und sei es auch in Abgrenzung der eigenen Position (vgl. Koekkoek 2017, 253) – verdeutlicht die Strahlkraft der politischen Philosophie Englands über die Grenzen des Königreichs hinaus.

In zahlreichen Pamphleten und Abhandlungen zur Zeit des Englischen Bürgerkriegs und des Interregnums wurde unter Rückgriff auf die Hebräische Bibel häufig argumentiert, die republikanische Staatsform sei in den Augen Gottes die *einzig* legitime, während die Monarchie mit Götzendienst in Zusammenhang gebracht wurde. Für diese Sichtweise, die Eric Nelson „republican exclusivism“ nennt, gab es weder in der griechisch-römischen noch in der vorreformatorisch-christlichen Tradition ernsthafte Vorbilder (vgl. Nelson 2010, 23-24).

Die Diskussion über die Staatsform der Monarchie war schon länger geprägt von zwei Bibelstellen, die in einer gewissen Spannung zueinander stehen: Auf der einen Seite Deuteronomium 17, also 5 Mose 17, auf der anderen 1 Samuel 8.

In Deuteronomium 17 heißt es:

14 Wenn du in das Land, das der HERR, dein Gott, dir gibt, hineingezogen bist, es in Besitz genommen hast, in ihm wohnst und dann sagst: Ich will einen König über mich einsetzen wie alle Völker in meiner Nachbarschaft!, 15 dann darfst du einen König über dich einsetzen, doch nur einen, den der HERR, dein Gott, auswählt. Nur aus der Mitte deiner Brüder darfst du einen König über dich einsetzen. Einen Ausländer darfst du nicht über dich einsetzen, weil er nicht dein Bruder ist. (Einheitsübersetzung, Kath. Bibelanstalt, 2016)

Gott scheint hier auszudrücken, dass es durchaus legitim ist, einen König zu haben. Dieser sollte gottgefällig sein, er sollte ein Israelit und kein Fremder sein. Es folgen noch weitere Kriterien, die der König zu erfüllen habe: Er sollte nicht zu viele Pferde besitzen und nicht zu viele Frauen. Außerdem sollte er keine Reichtümer an Silber und Gold anhäufen. Dass das Volk einen König haben darf, scheint freilich außer Frage zu stehen.

Einen anderen Eindruck erweckt eine Stelle im achten Kapitel des ersten Buchs Samuel, wo das Volk Israel einen König verlangt. Dort heißt es:

6 Aber Samuel missfiel es, dass sie sagten: Gib uns einen König, der uns regieren soll! Samuel betete deshalb zum HERRN 7 und der HERR sagte zu Samuel: Hör auf die Stimme des Volkes in allem, was sie zu dir sagen! Denn nicht dich haben sie verworfen, sondern mich haben sie verworfen: Ich soll nicht mehr ihr König sein.

Die Forderung Israels nach einem König erscheint hier als eine Rebellion gegen Gott. In den weiteren Versen wird das Verlangen nach einem König damit in Zusammenhang gebracht, dass das Volk ja seit dem Auszug aus Ägypten sich immer wieder dazu hingezogen gefühlt habe, andere Götter zu verehren. Außerdem werden die Nachteile eines Königs aufgezählt: Unter anderem würde er die Söhne und Töchter für seine Arbeiten einspannen und einen Teil der Ernte beanspruchen.

Wie kann man nun diese unterschiedlichen Passagen in Einklang bringen? Während in Deuteronomium 17 die Möglichkeit eines gottgefälligen Königs genannt wird, scheint 1 Samuel 8 eine durchweg antimonarchische Position zu stützen. Zwar lagen vorreformatorische Exegesen vor, die eine Harmonisierung dieser Passagen anstrebten, protestantische Gelehrte waren nun aber offen dafür, auch die jüdische Tradition in Augenschein zu nehmen (vgl. Nelson 2010, 28-31). Tatsächlich gewann die Debatte um die Monarchie durch die Besinnung auf rabbinische Quellen einen grundlegend neuen Charakter. Dabei erhielten die Abschnitte über den König im ersten Samuelbuch (*parashat ha-melekh*) und im Deuteronomium durchaus widerstreitende Interpretationen im Talmud und in weiteren rabbinischen Exegesen, namentlich den Midrashim in *Devarim Rabbah* 5:8. Einige Rabbis sehen in der Institution eines Königs ein wichtiges Gebot, andere kommen zu dem Schluss, dass ein irdisches Königtum eben nicht gottgefällig sei (vgl. Soloveichik 2017, Min. 45:10-48:30).

In der hitzig geführten Auseinandersetzung über die Monarchie zur Zeit des Englischen Bürgerkriegs und der Cromwell-Herrschaft suchten sich die unterschiedlichen Parteien jeweils die rabbinische Interpretation, die ihre Auffassung stützte (vgl. Neuman 2005, 62-63). Bald nachdem Charles I. am 30. Januar 1649 enthauptet worden war, versuchte sich der Puritaner John Milton an einer Verteidigung des Königsmords in seiner

Schrift *The Tenure of Kings and Magistrates* (1649). Selbstverständlich setzte sich Milton mit den zitierten Bibelversen auseinander. In dieser Abhandlung erkennt er lediglich das Recht des Volkes, seinen eigenen Herrscher auszuwählen. Im Laufe der nächsten Jahre bewegte sich Milton allerdings zur Position des „republican exclusivism“ hin. Nelson schreibt: „The first European political writer to make a straightforward exclusivist argument for republican government was John Milton“ (Nelson 2010, 37). Besonders einschlägig ist in dieser Hinsicht seine lateinische Streitschrift *Pro populo Anglicano defensio* von 1651, in der er polemisch den Rechtsgelehrten Salmasius attackiert. Salmasius, auch bekannt als Claude de Saumaise, hatte in seiner *Defensio regia* von 1649 das Königtum unter Rückgriff auf rabbinische Lehrmeinung verteidigt (vgl. Nelson 2010, 34; 39-40). In seiner lateinischen Schrift spricht Milton nun Salmasius direkt an:

Ut omnes autem videant te nullo modo ex Hebræorum scriptis id probare, quod probandum hoc capite susceperas, esse ex magistris tua sponte confiteris, qui negant alium suis majoribus regem agnoscendum fuisse præter Deum, datum autem in poenam fuisse. Quorum ego in sententiam pedibus eo. (Milton 1651, 41)

Milton erklärt, dass Salmasius keinesfalls den Beweis erbracht habe, Rabbiner hätten die Monarchie aus den biblischen Quellen abgeleitet. Vielmehr räume er – Salmasius – ja sogar ein, einige Juden hätten darauf verwiesen, dass ihre Vorfahren nie einen anderen König als Gott akzeptiert hätten und ihnen ein König lediglich zur Strafe gegeben worden sei. Milton bemerkt lakonisch, dass er sich der Meinung letzterer anschließe – oder mit seinen Füßen in deren Meinung hineingehe, wie es bildhaft heißt. Im Anschluss führt Milton die Deutung näher aus, es komme Idolatrie gleich, einen König zu fordern. Die Israeliten seien für diese Sünde mit der Monarchie bestraft worden.

In weiteren Schriften, so in dem englischsprachigen Pamphlet *The Ready and Easy Way to Establish a Free Commonwealth* von 1660, quasi am Vorabend der Restauration, stellt Milton immer wieder eine Verbindung von Königtum und Götzendienst her:

God in much displeasure gave a king to the Israelites, and imputed it a sin to them that they sought one: but Christ apparently forbids his disciples to admit of any such heathenish government. (Milton 1660, 26)

Es folgen ein paar Verse aus dem Lukas-Evangelium, die illustrieren können, dass sich Milton in seiner Ablehnung des Königtums nicht auf die Autorität des Alten Testaments allein verließ.

Miltons antimonarchische Haltung ist natürlich auch in seinem Versepos *Paradise Lost* von 1667 zu spüren (vgl. Nelson 2010, 45-50). Eric Nelson weist nach, dass Miltons Argumentation, die er aus den rabbinischen Exegesen gewonnen hatte, im 17. Jahrhundert von großem Einfluss war. Als Beispiel ist Algernon Sidney zu nennen, der im deutschen Exil zur Zeit der Stuart-Restauration schrieb: „As Monarchy is in itself an irrational, evil government, unless over those who are naturally beasts and slaves, the worst of monarchies is that which is hereditary.“ (Sidney 1664, 65) Um die Verkommenheit des englischen Staatswesens zu unterstreichen, ergänzt er, dass jene Monarchien die schlimmsten seien, die auch an Frauen übergehen können. An anderer Stelle verbindet er das biblische Beispiel mit einer Ermahnung: „The Israelites sinned in desiring a king, let us be deterred by it.“ (Sidney 1664, 48) Am Ende des 17. Jahrhunderts war „republican exclusivism“ auf Grundlage biblischer Quellen eine etablierte Lehrmeinung geworden – obgleich z.B. Montesquieu, Rousseau und Kant auch andere Staatsformen grundsätzlich als legitim erachteten.

Dass die religiösen Begründungen für die republikanische Staatsform nicht nur in gelehrten Kreisen zirkulierten, sondern auch praktische Auswirkungen auf die Zeitläufte haben sollten, wird im Zusammenhang mit der amerikanischen Revolution deutlich. Der britische Philosoph und Revolutionär Thomas Paine wird manchmal als *Father of the American Revolution* apostrophiert. Historiker messen insbesondere seinem im Januar 1776 erschienenen Pamphlet *Common Sense*, in dem er engagiert Argumente für die Unabhängigkeit vorträgt, einen entscheidenden Einfluss auf die Öffentlichkeit zu. Ohne *Common Sense* ist der 4. Juli 1776 kaum vorstellbar. Da Paine unter all den Gründungsvätern der wohl am wenigsten religiöse war – sich später sogar als Atheisten zu erkennen gab – mag man übersehen, wie stark er in seinem Werben für die Republik auf die Bibel rekurriert. Insbesondere übernimmt er die Auslegung des 17. Jahrhunderts, das Königtum selbst komme einem Götzendienst gleich:

Government by kings was first introduced into the world by the Heathens, from whom the children of Israel copied the custom. It was the most

prosperous invention the Devil ever set on foot for the promotion of idolatry. [...] As the exalting one man so greatly above the rest cannot be justified on the equal rights of nature, so neither can it be defended on the authority of scripture; for the will of the Almighty, as declared by Gideon and the prophet Samuel, expressly disapproves of government by kings. [...] Near three thousand years passed away from the Mosaic account of the creation, till the Jews under a national delusion requested a king. Till then their form of government (except in extraordinary cases, where the Almighty interposed) was a kind of republic administered by a judge and the elders of the tribes. (Paine 1776, 11-12)

Die Argumentation des Pamphlets *Common Sense* ist über weite Strecken auf die Hebräische Bibel bezogen. Gideon, der fünfte Richter der Israeliten, der in vorliegendem Absatz neben Samuel erwähnt wird, spielt in Paines Schrift eine wichtige Rolle, wurde er doch im pro-republikanischen Diskurs zur gottgefälligen selbstlosen Führungsperson erhoben, weil er die Forderung der Israeliten zurückwies, das Königtum für sich und seinen Stamm anzunehmen: „Aber Gideon antwortete ihnen: Ich will nicht über euch herrschen und auch mein Sohn soll nicht über euch herrschen; der HERR wird über euch herrschen.“ (Richter 8:23)

Eran Shalev, der als weiterer Vertreter des Forschungsfelds des „political Hebraism“ seine Aufmerksamkeit auf Amerika richtet, fasst den Einfluss Paines auf die öffentliche Meinung zusammen und legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf Gideon:

Only during what would become the final attack on the institution of monarchy could a starkly negative discourse regarding kingship emerge; the man perhaps most responsible for antimonarchical sentiment in America was he who injected Gideon's antimonarchism into the American discourse. The significance of Thomas Paine's *Common Sense* for understanding the shift to antimonarchical sentiment in early 1776 is undisputed among historians [...]. (Shalev 2013, 44)

Auch wenn er selbst nicht an den Wahrheitsgehalt biblischer Erzählungen glaubte, kannte Paine doch sein Publikum: Die Menschen in den amerikanischen Kolonien waren fromm und seit der puritanischen Einwanderung am Anfang des 17. Jahrhunderts stark auf das Alte Testament bezogen (vgl. Soloveichik 2017, Min. 29:30-31:30). Dabei war es gängige Praxis, politische Vorstellungen aus der Bibel abzuleiten. So waren im Vorfeld des Unabhängigkeitskriegs Vergleiche zwischen den amerikanischen Kolonialisten und den vom Pharao unterjochten Israeliten an der

Tagesordnung, eine Analogie, auf die Paine selbst gerne rekurrierte (vgl. Coffey 2013, 12-13). In *Common Sense* spricht Paine dem König von England nicht nur das Recht ab, sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen, sondern prangert die Monarchie selbst als Götzendienst an. Gegenüber John Adams, dem zweiten Präsidenten der Vereinigten Staaten, erklärte Paine später, die bibelgestützte antimonarchische Argumentation von Milton übernommen zu haben, auch wenn er – Paine – die Bibel ablehnte (vgl. Nelson 2010, 165). Dass es sich bei Paines Rückgriff auf die Bibel keinesfalls um einen Nebenaspekt des Pamphlets *Common Sense* handelt, wird von Nathan Perl-Rosenthal hervorgehoben, der zudem betont, welchen Einfluss das Pamphlet auf die bibelzentrierte Argumentation für die republikanische Staatsform ausübte:

Paine's *Common Sense* returned Hebraic republican arguments to the center of public discussion in 1776. In attacking monarchy's legitimacy, a main goal of his pamphlet, Paine drew heavily on the Hebraic republican tradition. Indeed he devoted more space in his pamphlet to Hebraic republican arguments than to almost any of his other lines of attack against monarchy. (Perl-Rosenthal 2009, 536-537)

Nachdem die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit erklärt und erkämpft hatten, wurden die Begründungen für die Republik auf Grundlage alttestamentlicher Vorlagen weiter ausgeführt. Die sich dabei formierende spezifische amerikanische Tradition, Parallelen zwischen der amerikanischen und den „mosaischen“ Verfassungen herauszuarbeiten, flaute laut Shalev erst nach dem Bürgerkrieg ab (vgl. Shalev 2017, 320).

Angesichts des klar nachweisbaren Einflusses des politischen Hebraismus auf republikanische Staatsauffassungen erscheint es verlockend, eine schlichte Kausalkette zu konstruieren, die sich vom späten 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart zieht. Demnach haben einige rabbinische Exegesen einen Einfluss auf protestantische Gelehrte ausgeübt und schließlich John Milton in seinen antimonarchischen Überzeugungen bestärkt. Auf dessen Argumentationslogik konnte sich dann mehr als hundert Jahre später Thomas Paine stützen, der mit seinem Pamphlet *Common Sense* den entscheidenden intellektuellen Impuls für die amerikanische Unabhängigkeit gab. Möchte man diese Linie fortschreiben, könnte man darauf verweisen, dass die Amerikanische Revolution die Französische inspirierte, die das Prinzip der Volkssouveränität in Europa

etablierte, auch wenn es in vielen Ländern noch bis ins 20. Jahrhundert dauern sollte, bis sich die republikanische Staatsform durchsetzte. Freilich käme es einer unangemessenen Vereinfachung gleich, die Komplexität und Kontingenz der Geschichte in diesen simplen Handlungszusammenhang zu pressen. Geschichte entwickelt sich nicht auf einer einzigen Achse.

Zugleich kann die Forschung zum „political Hebraism“ dazu beitragen, das herkömmliche Narrativ zu hinterfragen, wonach der Aufstieg der republikanischen Staatsform auf dem Zurückdrängen religiöser, biblischer Argumente beruht. Denn auch dieses Modell verkürzt Geschichte in unsachgemäßer Weise. Die Diskussion um den Zusammenhang von Religion und Demokratie bzw. Säkularität und Demokratie kann davon profitieren, wenn wir die biblischen Begründungen bei der Herausbildung demokratischer Staatstheorien anerkennen, ohne dabei zu ignorieren, dass sich die Geschichte der Demokratie auch auf griechisch-römische Säulen stützt.

Literatur

- Bartolucci, Guido (2017), *The Hebrew Republic in Sixteenth-Century Political Debate: The Struggle for Jurisdiction*, in: Velema, Wyger / Weststeijn, Arthur (Hg.), *Ancient Models in the Early Modern Republican Imagination*, Leiden/Boston, 214-233.
- Coffey, John (2013), *Exodus and Liberation: Deliverance Politics from John Calvin to Martin Luther King Jr.*, Oxford.
- Jones, Meirav (2008), Introduction, in: Schochet, Gordon / Oz-Salzberger, Fania / Jones, Meirav (Hg.) *Political Hebraism: Judaic Sources in Early Modern Political Thought*, Jerusalem, vii – xiv.
- Koekkoek, René (2017), *The Hebrew Republic in Dutch Political Thought, c. 1650-1675*, in: Velema, Wyger / Weststeijn, Arthur (Hg.), *Ancient Models in the Early Modern Republican Imagination*, Leiden/Boston, 234-258.
- Milton, John [Miltoni, Joannis] (1651), *Pro Populo Anglicano Defensio*. London [Early English Books Online / ProQuest].
- Milton, John (1660), *The Ready and Easy Way to Establish a Free Commonwealth* [The readie and easie way to establish a Commonwealth], Second Edition, London [Early English Books Online / ProQuest].

- Nelson, Eric (2010), *The Hebrew Republic: Jewish Sources and the Transformation of European Political Thought*, Cambridge, Mass.
- Neuman, Kalman (2005), Political Hebraism and the Early Modern 'Respublica Hebraeorum': On Defining the Field, in: *Hebraic Political Studies* 1, Nr. 1, 57-70.
- Oz-Salzberger, Fania (2002), The Jewish Roots of Western Freedom, in: *Azure* 13, 88-132.
- Paine, Thomas (1776), *Common Sense*, in: Mark Philp (Hg.) *Thomas Paine, Rights of Man, Common Sense and Other Political Writings*, Oxford, 1995, 3-60.
- Perl-Rosenthal, Nathan (2009), The 'Divine Right of Republics': Hebraic Republicanism and the Debate over Kingless Government in Revolutionary America, in: *The William and Mary Quarterly* 66, Nr. 3, 535-564.
- Shalev, Eran (2013), *American Zion. The Old Testament as a Political Text from the Revolution to the Civil War*, New Haven, Conn.
- Shalev, Eran (2017), America's Antiquities: The Ancient Past in the Creation of the American Republic, in: Velema, Wyger / Weststeijn, Arthur (Hg.), *Ancient Models in the Early Modern Republican Imagination*, Leiden/Boston, 306-328.
- Sidney, Algernon (1664), *Court Maxims*. Hg. Von Hans W. Blom et al., Cambridge, 1996.
- Soloveichik, Meir (2017), *Jewish Ideas and the American Founders. Episode 3: From the Talmud to Thomas Paine: Political Hebraism and the American Revolution*. The Tikvah Fund, Video <https://tikvah.org/course/jewish-ideas-american-founders/> [Abruf am 19.02.2025]